Sollte der Newsletter nicht korrekt angezeigt werden, klicken Sie bitte hier

Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

18.07.2022 GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG

Hitze, Dürre, Starkregen: Über 80 Milliarden Euro Schäden durch Extremwetter in Deutschland

Aktuelle Studie ermittelt für Deutschland die Schäden und Kosten durch die Folgen der Klimakrise

Extremwetter wie die außergewöhnlich heißen und trockenen Sommer der vergangenen Jahre sowie die Hochwasserkatastrophe von 2021 haben in Deutschland Schäden von insgesamt über 80 Milliarden Euro verursacht. Demnach entstand ein Großteil der Schäden durch Extremwetterereignisse, die durch die Klimakrise verursacht werden. In der Summe sind neben den direkt anfallenden Schäden an Gebäuden und Infrastrukturen oder Ertragsverlusten in Forst- und Landwirtschaft auch Kosten indirekter Schäden, wie verringerte Arbeitsproduktivität, eingeflossen. Das geht aus einer aktuellen Prognos-Studie hervor, die das Bundeswirtschafts- und Klimaschutzministerium (BMWK) in Auftrag gegeben hat und dem Bundesumweltministerium (BMUV) zur Weiterentwicklung der deutschen Anpassungsstrategie dient.

Bundesumweltministerin Steffi Lemke: „Die Klimakrise verursacht inzwischen auch bei uns in Deutschland enorme Schäden und Kosten. Das zeigen uns die erschreckenden Daten der Wissenschaft überdeutlich. Die Zahlen sind ein Alarmsignal für mehr Krisenvorsorge. Wir müssen und wir werden jetzt mehr in Klimaschutz und Klimaanpassung investieren, um unsere Bevölkerung besser zu schützen. Mit dem Sofortprogramm Klimaanpassung und dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz verbessert die Bundesregierung die Vorsorge gegen Klimarisiken erheblich. Doch kann beides nur der Anfang sein. Derzeit erarbeiten wir eine neue vorsorgende Klimaanpassungsstrategie und eine Nationale Wasserstrategie. Mit Hilfe der Forschung will ich außerdem eine systematische Erfassung aller Schäden und Kosten für ganz Deutschland aufbauen. Entscheider in Bund, Ländern und Kommunen müssen wissen, wer am meisten unter den Folgen der Klimakrise leidet und was Schäden und Vorsorgemaßnahmen wirklich kosten."

Bundesklimaschutzminister Robert Habeck: „Die aktuellen Dürren in Südeuropa, die verheerenden Überschwemmungen in Australien oder Madagaskar und nicht zuletzt die Flut im Ahrtal zeigen deutlich: Die Klimakrise spitzt sich weltweit zu. Wir stehen jetzt vor zwei entscheidenden Aufgaben: erstens, wir müssen die Folgen der Klimakrise weltweit auf einem erträglichen Niveau halten. Das geht nur mit deutlich mehr Klimaschutz. Deshalb haben wir gerade das größte Beschleunigungspaket für den Ausbau von Wind- und Sonnenkraft verabschiedet, um den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch innerhalb von weniger als einem Jahrzehnt fast zu verdoppeln. Und wir werden und müssen unsere Anstrengungen zu umfassendem Klimaschutz in allen Sektoren verstärken. Zweitens brauchen wir eine verlässliche Klimaanpassungsstrategie, die unsere Bevölkerung, unsere Infrastruktur und unsere Wirtschaft vor Hitze, Hochwasser und starken Wetterschwankungen schützt. Dazu gehört auch eine verlässliche Kosten- und Schadensanalyse, um weitere Investitionen in Anpassungsmaßnahmen entsprechend begründen und vorantreiben zu können. Die heutige Studie bietet dafür die nötige Grundlage."

Die vorliegenden Untersuchungen aus dem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) beauftragten Projekt „Kosten durch Klimawandelfolgen in Deutschland" zeigen, dass seit 2000 in Deutschland jährlich im Schnitt mindestens 6,6 Milliarden an Schäden entstanden sind. In dieser Reihe stechen die außergewöhnlich heißen und trockenen Sommer 2018 und 2019 sowie die verheerenden Sturzfluten und Überschwemmungen im Juli 2021, insbesondere an Ahr und Erft, heraus: Alle drei Ereignisse haben insgesamt rund 80,5 Milliarden Euro Schadenskosten verursacht. Schätzungsweise 35 Milliarden Euro Schäden entstanden durch Hitze und Dürre in den Jahren 2018 und 2019. Die Folgekosten der Sturzfluten und Überschwemmungen im Juli 2021 summieren sich auf mehr als 40 Milliarden Euro. Weitere Schäden in Höhe von rund 5 Milliarden Euro wurden durch vereinzelte Sturm- und Hagelereignisse verursacht.

Für manche Stürme und Hagelereignisse, die in die Studie einflossen, können allerdings aufgrund fehlender Langzeitdaten noch keine eindeutigen Aussagen zur Veränderung von Intensität oder Häufigkeit im Zuge des Klimawandels getroffen werden. Die Autoren weisen zudem darauf hin, dass die ermittelten Gesamtschäden eine Untergrenze darstellen. Die tatsächlich angefallenen Schadenskosten liegen aufgrund einzelner bislang nicht untersuchter Schadensereignisse sowie nicht bezifferbarer Wirkungen, wie den gesundheitlichen Auswirkungen oder den Folgen für die biologische Vielfalt, noch höher. Den weiterhin nötigen Forschungsbedarf wollen BMUV und BMWK im Rahmen der Ressortforschung adressieren.

Die Studie schlüsselt auf, wie sich die Schadenskosten entlang der Handlungsfelder der Deutschen Anpassungsstrategie (DAS) zusammensetzen: Unter Hitze und Dürre litten vor allem die Forst- sowie die Landwirtschaft in weiten Teilen Deutschlands. Diese Wirtschaftszweige mussten allein für die beiden Extremjahre 2018 und 2019 etwa 25,6 Milliarden Euro Schadenskosten verbuchen. Weitere neun Milliarden Euro Schadenskosten traten in Industrie und Gewerbe auf, da die Produktivität in der arbeitenden Bevölkerung hitzebedingt sank. Bei den lokalen Sturzfluten und Überschwemmungen vor allem im südlichen Nordrhein- Westfalen und nördlichen Rheinland-Pfalz waren insbesondere die privaten Haushalte mit Schäden in Höhe von 14 Milliarden Euro betroffen. Aber auch im Bauwesen (6,9 Milliarden Euro), an Verkehrsinfrastrukturen (6,8 Milliarden Euro), sowie in Industrie und Gewerbe (5,0 Milliarden Euro) entstanden erhebliche Schäden.

Im März 2022 hat Bundesumweltministerin Steffi Lemke mit dem Sofortprogramm Klimaanpassung ein erstes Maßnahmenpaket vorgestellt. Ziel ist es, vor allem Kommunen bei ihren Aufgaben für die Klimaanpassung und Risikovorsorge mit Expertenberatung, Schulungsangeboten und gezielter Förderung zu unterstützen. Das Zentrum KlimaAnpassung steht seit mehr als einem Jahr Städten und Gemeinden als zentraler Ansprechpartner mit breitem Schulungs- und Beratungsangebot zur Seite. Seit Anfang 2022 fördert das BMUV den Einsatz lokaler Klimaanpassungsmanagerinnen und -manager. Soziale Einrichtungen, die ihre zu betreuenden Personen und Beschäftigten schützen möchten, können sich über ein weiteres Förderprogramm investive und konzeptionelle Maßnahmen finanzieren lassen. Derzeit trifft das BMUV Vorbereitungen für eine neue vorsorgende Klimaanpassungsstrategie mit messbaren Zielen und eine gemeinschaftliche Finanzierung von Bund und Ländern. Ende des Jahres soll die Nationale Wasserstrategie im Bundeskabinett beschlossen werden, um Deutschland gegen die lange Trockenperioden zu wappnen und die nötigen Maßnahmen zum Schutz der Wasserressourcen voranzutreiben. Darüber hinaus erarbeitet das BMUV den Entwurf für ein Klimaanpassungsgesetz auf Bundesebene, das bis Mitte der Legislaturperiode konkrete Gestalt annehmen soll.

Die Schadenskosten wurden von dem Wirtschaftsforschungsunternehmen Prognos in dem Projekt „Kosten durch Klimawandelfolgen in Deutschland" ermittelt. Das Vorhaben unter Leitung des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) verfolgt das Ziel, aufbauend auf den Erkenntnissen zu den vergangenen Schäden auch abzuschätzen, welche Schadens- und Anpassungskosten Deutschland unter den Vorzeichen einer sich zuspitzenden Klimakrise zu erwarten hat.

Downloads

Herausgeber
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)

Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin

Internet: www.bmwk.de
E-Mail: info@bmwk.bund.de
Telefon: +49 30 186150

Über den folgenden Link können Sie den Newsletter wieder abmelden. Newsletter abbestellen